

Koalitionsvertrag wichtiger als Menschenleben?

Für Herrn Niebel steht der Koalitionsvertrag offensichtlich über der internationalen Solidarität für die Bekämpfung tödlicher Krankheiten. Jedenfalls behauptet er selbst in einem offenen Brief, dass ihn diese Vereinbarung dazu verpflichte, den deutschen Beitrag zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria in den nächsten Jahren zu kürzen, statt wie dringend geboten deutlich aufzustocken. Allenfalls stellt er in Aussicht über eine spezielle Vereinbarung bilaterale Mittel in nicht genannter Höhe zur Verfügung zu stellen. Damit würde Deutschland aber eine Sonderbehandlung verlangen, die geeignet ist, die partnerschaftliche Zusammenarbeit zu untergraben, die eines der Grundprinzipien des Globalen Fonds darstellt und die beeindruckenden Erfolge erst möglich gemacht hat. Das verantwortungslose Vorgehen besteht darin, zunächst selbst durch vernunftwidrige Beschlüsse künstliche Hürden für die finanzielle Unterstützung internationaler Initiativen für die Überwindung von Armut und Krankheit zu errichten, dann aber die anderen Beteiligten anzugreifen, weil sie mit gutem Grund nicht auf die eigenen abstrusen Bedingungen eingehen wollen. Das ist völlig unwürdig, insbesondere gegenüber einer Einrichtung, die wie kaum eine andere dazu beigetragen hat, Menschen vor dem Tod zu bewahren und die Notlage ihrer Familien zu überwinden.

Es ist außerdem sachlich falsch und grob irreführend, zu behaupten, dass die Geberkonferenz erst beginnen werde. Das für den 4. und 5. Oktober vorgesehene Treffen ist vielmehr die zweite Zusammenkunft im Rahmen der organisierten Abstimmung der Beteiligten, um die für die nächsten drei Jahre benötigten Finanzmittel zu mobilisieren. Bei dem ersten Treffen im März dieses Jahres haben die Geberstaaten, die Empfängerländer, relevante internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Vertreter/innen bereits die Ergebnisse der Arbeit des Globalen Fonds analysiert und den Finanzbedarf diskutiert. Demnach werden für die Periode 2011-2013 mindestens 20 Milliarden US\$ benötigt, um lebensrettende und armutsmindernde Maßnahmen der Prävention, Behandlung und Betreuung von AIDS, Tuberkulose und Malaria auszuweiten und die Gesundheitssysteme der benachteiligten Länder insgesamt zu stärken. Das in Kürze stattfindende abschließende Treffen dient dazu, verbindliche Finanzierungszusagen zu tätigen und damit dem Globalen Fonds die nötige Planungssicherheit zu ermöglichen. Vor allem aber muss den betroffenen Ländern und Gemeinschaften die Gewissheit gegeben werden, dass sie in ihren Bemühungen zur Verbesserung der katastrophalen Gesundheits- und Lebensbedingungen die nötige Unterstützung erfahren. Somit kann man es nur als skandalös bezeichnen, dass das zuständige Ministerium sich zu diesem Zeitpunkt noch immer weigert, dafür einzutreten, dass sich Deutschland weiterhin in angemessener Höhe an der Finanzierung der lebenswichtigen Gesundheitsprogramme beteiligt. Dabei ist noch zu beachten, dass der Globale Fonds in den letzten Jahren die einzige internationale für die Gesundheitsförderung relevante Organisation war, zu der Deutschland Beiträge in angemessener Höhe leistete (ca. ein Zehntel der Länderbeiträge unter Berücksichtigung der Mitfinanzierung des EU-Zuschusses), wenn man die Wirtschaftskraft unseres Landes und die entwicklungspolitische Bedeutung Europas in Betracht zieht.

Stattdessen wird mit dem Verweis auf die Mittelzusagen zugunsten von China versucht, die Effektivität des Globalen Fonds in Zweifel zu ziehen. Auch dieses Scheinargument geht vollkommen an der Sache vorbei und zeugt letztlich von Unkenntnis was das Management und die Verteilung der bilateral verwalteten Mittel angeht. Bei der direkt unter deutscher Verantwortung durchgeführten Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich ist der Anteil Chinas nämlich deutlich höher als dies beim Globalen Fonds der Fall ist. Während im Zeitraum 2005 bis 2008 fast ein Zehntel der

deutschen Finanzierungszusagen für gesundheitsrelevante Projekte auf China entfielen, belief sich der Anteil Chinas beim Globalen Fonds seit Beginn bis heute auf 4,6%, also auf weniger als die Hälfte des bilateralen Werts. Dabei ist die Tendenz bei der deutschen Mittelverteilung steigend, da China im Jahr 2008, dem letzten Jahr mit verfügbaren Daten, 14.5% der bilateralen Zusagen im Gesundheitsbereich erhielt. Der Bezug auf die absolute Höhe der Zusagen ist dagegen irrelevant, wenn man sich vor Augen führt, dass die bilateralen Mittelbindungen Deutschlands für den Gesundheitssektor im genannten Vierjahreszeitraum lediglich 1,5 Milliarden betragen. Dem stehen aber fast 8 Milliarden US\$ gegenüber, die der Globale Fonds in dieser Periode für den weltweiten Ausbau von Gesundheitsprogrammen zugesagt hat. Außerdem ist es von großer Bedeutung, dass der Globale Fonds grundsätzlich Koordinierungsstrukturen in den Empfängerländern voraussetzt, die eine demokratische Beteiligung der Selbsthilfeinitiativen und Nichtregierungsorganisationen an der Planung, Durchführung und Überwachung der Programme ermöglichen. Auch im Hinblick auf die Transparenz der Vergabe und der Verwendung der Mittel ist die internationale Finanzierungsinstitution der Entwicklungshilfe unter direkter Verantwortung Deutschlands um Meilen voraus.

Im Übrigen wird die Behauptung, dass die Gesundheitsförderung einen wichtigen Schwerpunkt in der bilateralen Zusammenarbeit bilde, auch durch gebetsmühlenartige Wiederholung nicht zutreffender. Tatsache ist dagegen, dass nur 8% der realen Transferleistungen im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit in Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitssituation fließen. Da der Gesundheitsanteil bei den unterstützten multilateralen Organisationen höher liegt, macht die Krankheitsbekämpfung im Verhältnis zu den deutschen Gesamtleistungen etwas mehr aus, nämlich knapp 11%. Für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele müsste aber nach Studien internationaler Organisationen ein gutes Viertel der Gesamtmittel für diesen sowohl in entwicklungsstrategischer als auch humanitärer Hinsicht zentralen Sektor eingesetzt werden. Deutschland hinkt hier ganz offensichtlich nicht nur der Zielgröße sondern auch den meisten Geberstaaten hinterher.

Dass Herr Niebel dann auch noch für seine falschen und von wenig Verantwortung zeugenden Positionen den deutschen Steuerzahler bemüht, ist schließlich nur noch unverschämte! Damit spricht er den Bürgern Deutschlands letztlich die Bereitschaft ab, etwas von ihrem Reichtum abzugeben, damit die unter Armut und Benachteiligung leidende Mehrheit der Weltbevölkerung ihre verzweifelte Lage verbessern, ja schlicht überleben kann. Wenn die jetzige Regierung nicht in der Lage oder willens ist, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, ist das eine Sache. Aber nahezulegen, dass dies im Einklang mit dem Willen des Volkes geschehe, kann man als Bürger dieses Landes (und als Steuerzahler) nur in aller Deutlichkeit zurückweisen.